

Die Krise und die Länder des Südens

Die arm gemachten Länder des Südens sind in ganz unterschiedlicher Weise in die kapitalistische Globalisierung einbezogen und damit auch nicht in gleicher Weise von der Krise betroffen. Einige hatten insofern profitiert, als sie hohe Exporteinnahmen erzielt hatten, vor allem deshalb, weil Rohstoffe zeitweise exorbitante Preise erzielt haben. Allerdings drückt sich genau darin auch aus, dass die entsprechenden Märkte Teil der Finanzialisierung des Kapitalismus geworden waren. Diese Preisentwicklung war nur möglich, weil Rohstoffe als kurz- wie langfristige Anlagemöglichkeiten interessant wurden; kurzfristig als Spekulationsobjekt, langfristig als Wertsspeicher. Der starke Fall der Preise zeitgleich mit der Manifestation der Krise Ende 2008 bestätigt die Annahme, dass ihre Entwicklung nicht nur eine Spiegelung „normaler“ Marktereignisse (Angebot und Nachfrage) ist, sondern ebenfalls durch die Finanzmärkte bestimmt war. Für eine Bilanz müssten die so erzielten Gewinne mit den Verlusten durch Spekulation und Krise verrechnet werden und ebenfalls mit den negativen Effekten auf die heimische Volkswirtschaft, die aus der Exportorientierung entstanden sind.

Es stimmt zwar, dass die meisten Länder des Südens kaum negative Folgen aus der Bankenkrise hatten, aber in einer der kapitalistischen Globalisierung unterworfenen Welt bleibt eine systemische Krise eben nicht auf einige Weltregionen beschränkt. Heute jedenfalls brechen Exportmärkte sowohl im Rohstoffsektor als auch für Industrieprodukte weg, und das bei stark gesunkenen Preisen insgesamt. In Brasilien beispielsweise sanken schon im November in vielen Branchen Aufträge und Umsätze mit zweistelligen Monatsraten. In Mittelamerika und auch in anderen ärmeren Ländern im Süden war die Krise schon vorher angekommen. Dort sind die Rücküberweisungen AuswanderInnen, die der legal oder illegal in den Industrieländern leben und arbeiten, eine bedeutende, oft die wichtigste Devisenquelle. Und das sind diejenigen Beschäftigten, die in der Krise zuerst ihren Job verlieren. Seit Mitte 2008 sinken ihre Zahlungen an Angehörige daheim deutlich.

Zwar gibt es kleine Fortschritte in den Debatten der weltweiten Eliten. Bei den G 20 sitzen anders als den G8 die Schwellenländer mit am Tisch. Über erste Regulierungen wird gesprochen. Und besonders viele südamerikanische Regierungen bemühen sich, bestimmte Abhängigkeiten zu mildern, indem sie z.B. den Handel mit anderen südlichen Ländern ausbauen und in eigener Währung statt in Dollar abrechnen. Erste solche Übereinkünfte gibt es auch mit einigen afrikanischen Ländern. Insgesamt aber laufen praktisch alle Bemühungen der G 20 darauf hinaus, das gescheiterte kapitalistische Modell wieder flott zu machen. Das kann nicht gelingen. Vielmehr müsste es darum gehen, zumindest erste Brüche mit der Logik der Kapitalverwertung zu organisieren und stattdessen eine Wirtschaft aufzubauen, die auf die konkreten Bedürfnisse der Menschen nach einem guten Leben ausgerichtet ist. Gerade in den armen Ländern müsste die Abhängigkeit vom Weltmarkt reduziert und die eigene Ökonomie gestärkt werden. Eine Stimulierung oder überhaupt wieder Etablierung des Binnenmarktes wäre wesentlich. Dazu wäre ein möglichst vollständiger und bedingungsloser Schuldennachlass eine wichtige Voraussetzung. Zweitens hätte ein Mindesteinkommen gegen den Hunger, das dann finanzierbar wäre, diesbezüglich dramatisch positive Effekte, wie eine Vielzahl von Modellprojekten zeigen.